

FAMILIEN

Gewalt gegen Türkinnen

Türkische Frauen in Deutschland sind häufiger Gewalt ausgesetzt als deutsche Frauen. Außerdem sind die Übergriffe auf sie schwerer und führen häufiger zu Verletzungen. Das ist das Ergebnis einer Studie im Auftrag des Bundesfamilienministeriums. Während in der Gesamtbevölkerung 40 Prozent der Frauen schon einmal sexuelle oder körperliche Gewalt erfahren hatten, waren es in einer gesonderten kleineren Stichprobe unter Türkinnen 49 Prozent. 38 Prozent der Türkinnen gaben an, Gewalt durch ihren Partner erlebt zu haben – in der Gesamtbevölkerung waren dies nur 25 Prozent. Bei 64 Prozent der türkischen Migrantinnen war der Missbrauch so schwer, dass sie Verletzungen erlitten (im gesamten Durchschnitt 55 Prozent). Die türkischen Migrantinnen suchten genauso häufig wie deutsche Frauen Zuflucht in Frauenhäusern, so Co-Autorin Monika Schröttle. Zudem liefert die Studie auch erste Zahlen über das Problem der Zwangsverheiratung: Ein Viertel der befragten Türkinnen



Türkin, dreijähriger Sohn (in einem Münchner Frauenhaus)

hatte den eigenen Ehemann erst bei der Hochzeit kennen gelernt. Bei etwa der Hälfte der Frauen hatte die Verwandtschaft den Mann ausgesucht, die meisten gaben an, sie seien mit dieser Wahl einverstanden gewesen. Neun Prozent aller Türkinnen sagten jedoch, sie seien zu der Ehe gezwungen worden. Schröttle: „Bei jüngeren Frauen nimmt die Zahl der Zwangsehen ab.“



Bauarbeiter

weder bei einer gesetzlichen noch bei einer privaten Kasse versichert. 1995 lag die Zahl bei lediglich 105 000. Bei den erfassten Personen handelt es sich nicht etwa um illegale Einwanderer – diese werden in der Statistik nicht berücksichtigt. Vielmehr sind vor allem Hausfrauen, Angestellte und in wachsender Zahl auch Gewerbetrei-

bende betroffen. So stieg seit 1995 die Zahl der Selbständigen, die nicht krankenversichert sind, von 6000 auf nunmehr 31 000. Als ein Grund für diese Entwicklung gilt die schlechte wirtschaftliche Lage. Anstatt monatlich Beiträge an die Krankenversicherung abzuführen, gehen offenbar immer mehr Kleinunternehmer das Risiko ein, im Krankheitsfall ihre Arztrechnung selbst bezahlen zu müssen.

GESUNDHEIT

Volles Risiko

In den vergangenen Jahren list die Anzahl der Bürger, die über keinerlei Krankenversicherungsschutz verfügen, deutlich gestiegen. Dies geht aus der Antwort des Bundesgesundheitsministeriums auf eine Anfrage des FDP-Abgeordneten Volker Wissing hervor. Demnach waren 2003 insgesamt 188 000 Menschen

URHEBERRECHT

Unfreiwilliger Praxistest

Durch eiliges Nachbessern ist Bundesjustizministerin Brigitte Zypries (SPD) einer peinlichen Panne samt möglichen Geldstrafen für ihr Haus aus dem Weg gegangen. Erst kurz vor der Veröffentlichung einer PR-Kampagne des Ministeriums, die mit Postkarten und einem Kino-Spot für den Schutz von Künstlerrechten wirbt, sahen sich die Zypries-Leute selbst mit dem Regelwerk zum Schutz des geistigen Eigentums konfrontiert. Bis dahin hatte niemand daran gedacht, dass auch das Ministerium für die Bilder der von Studenten gestalteten Kampagne „Kopien brauchen Originale“ die Rechte einholen muss. Folglich musste das Justizressort



„Marilyn“ von Andy Warhol

in den letzten Tagen hektisch die Erlaubnisse für die Abbildungen von Schauspielern, Musikern oder Gemälden aufreiben und bekam durch nettes Bitten sogar fast alle gratis. Eines der Postkartenmotive musste allerdings komplett eingestampft werden: Die Andy Warhol Foundation verweigerte die Rechte für die weltberühmte Pop-Art-Darstellung der Schauspielerin Marilyn Monroe.